



Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) unterstützt DVPB-Stellungnahme

Wie andere Akteure der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung (u. a.: Bundesausschuss Politische Bildung/bap, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten/AdB, Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke/AKSB, Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung/BKJ) ist die Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) von den im Haushaltsplan der Bundesregierung für 2024 vorgesehenen Kürzungen massiv irritiert und kritisiert diese scharf.

Besonders die bei der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) beabsichtigten Kürzungen von 96 auf 76 Mio. Euro hält die GPJE für nicht tragbar. So unterstützt die bpb seit vielen Jahren relevante politikdidaktische Forschung im Bereich schulischer politischer Bildung und außerschulischer politischer Jugend- und Erwachsenenbildung (bspw. im Kontext von GPJE-Jahrestagungen und Fachtagungen der GPJE-Arbeitsgruppen). Sie fungiert als zentrales Scharnier zwischen universitären, zivilgesellschaftlichen und (außer-)schulischen Akteuren. Darüber hinaus leistet die Bundeszentrale für politische Bildung einen maßgeblichen Beitrag zur Internationalisierung politikdidaktischer Forschung sowie zur Erstellung entsprechender Bildungsmaterialien und bietet regelmäßig Foren für den internationalen und interdisziplinären Dialog. Auch deshalb ist eine Mittelkürzung deutlich zurückzuweisen.

Vor diesem Hintergrund schließt sich die GPJE der Stellungnahme der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) „Keine Kürzungen in der politischen Bildung! Stellungnahme zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung 2024“ ausdrücklich an.

Der Sprecher:innenkreis der GPJE

31.08.2023